

CDU Bremen, Thomas Röwekamp, Am Wall 135, 28195 Bremen

per Mail: cwalisch@t-online.de

Bremen, 10. August 2021

Sehr geehrter Herr Walischeswki,

gerne nehmen wir als Direktkandidaten der CDU Bremen Stellung zu den von Ihnen gestellten Fragen. Vorweg möchten wir festhalten, dass sowohl die CDU Deutschlands als auch wir ganz persönlich, uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel bekennen. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind und bleiben Teil der deutschen Staatsräson. Die Menschen in Israel haben ein Anrecht drauf, frei von Angst, Terror und Gewalt leben zu können. Deshalb treten wir ebenfalls für das Selbstverteidigungsrecht Israels ein.

Der Konflikt berührt uns in Bremen jedoch nicht nur als Bürgerinnen und Bürger in einer globalisierten Welt. Menschen auch in Deutschland haben insbesondere das Wiederaufflammen von Gewalt im Frühjahr zum Vorwand genommen, um Hass, Antisemitismus und rassistische Ressentiments zu schüren und dieses durch antisemitische Hetze und Gewalt, Verbrennen von israelischen Fahnen, Skandieren von Parolen oder durch Anbringen von Farbschmierereien auf die Straßen und Plätze Deutschlands gebracht. Dies haben wir auch auf dem Marktplatz in Bremen erlebt.

Unsere Haltung und die unserer Partei ist klar: Hassparolen und Antisemitismus, ganz gleich von wem, wo oder mit welchem Hintergrund, sind nie eine Meinung. Und dem Versuch, jüdisches Leben bei uns zu bedrohen oder zu beeinträchtigen, werden wir immer entschieden entgegentreten

Dies vorweggeschickt, beantworten wir Ihre Fragen wie folgt:

**THOMAS
RÖWEKAMP
WIEBKE
WINTER**

Am Wall 135, 28195 Bremen

✉ roewekamp@cdu-bremen.de
☎ 0160 - 930 965 07
🌐 www.cdu-bremen.de
@ thomas_roewekamp
🐦 TR_Bremen
f Thomas.Roewekamp

✉ moin@wiebke-winter.de
☎ 0151 - 240 564 32
🌐 www.wiebke-winter.de
@ wiebkewinter
? Umfrage: www.was-moinst-du.de



THOMAS

RÖWEKAMP

WIEBKE

WINTER

1. Sind Sie auch der Meinung – wie im letzten Koalitionsvertrag – dass die israelischen Siedlungen völkerrechtswidrig sind? https://www.bundestag.de/resource/blob/543200/9f9f21a92a618c77aa330f00e-d21e308/kw49_koalition_koalitionsvertrag-data.pdf (Z.7136ff). Unterstützen Sie dementsprechend die Forderung nach einem Ende der israelischen Besatzung?

Antwort: Das Ziel der CDU Deutschlands ist und bleibt die Zweistaatenlösung und das friedliche Zusammenleben von Israelis und Palästinensern. Dem schließen wir uns uneingeschränkt an. Die einseitige Ausdehnung bzw. Erklärung israelischer Souveränität sowie der Ausbau von Siedlungen können diesem Ziel widersprechen und stehen darüber hinaus im Widerspruch zu internationalem Recht. Nach unserer Auffassung dient der Siedlungsausbau auch nicht den israelischen Sicherheitsinteressen, da er lange Grenzen zu Enklaven schafft, die wiederum gesichert werden müssen. Diese Haltung haben die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD an verschiedenen Stellen zum Ausdruck gebracht (zB. Drs. 19/20594). Den dort formulierten Forderungen an die Bundesregierung schließen wir uns an und empfinden sie auch für die kommende 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als handlungsleitend.

2. Unterstützen Sie die Forderung nach einer sofortigen Beendigung der Blockade von Gaza – wie es der Bundestag in einer einstimmigen Resolution am 1.7.2010 getan hat? <https://dserver.bundestag.de/btd/17/023/1702328.pdf>

Antwort: Erst im Frühjahr diesen Jahres haben wir erlebt, dass der Konflikt mit Nahen Osten unter Anwendung von Gewalt wieder aufgeflammt ist. Die terroristischen Angriffe der Hamas mit Raketenbeschuss insbesondere aus dem zu den Palästinensischen Autonomiegebieten gehörenden Gazastreifen hat Israel mit militärischen Mitteln beantwortet. Abermalig ist der Staat gezwungen gewesen, seine Bevölkerung vor dem Beschuss von über 3.000 Raketen zu schützen und zu verteidigen. Die Welt hat gebannt auf die Situation geschaut und auch die Bremische Bürgerschaft hat sich mit allen demokratischen Fraktionen auf Initiative der CDU-Bürgerschaftsfraction hinter einem gemeinsamen Antrag versammelt (Drs. 20/996).

Auch wenn sich bei der Eskalation des Konflikts im Frühjahr Terror und Selbstverteidigung bzw. Ursache und Wirkung klar voneinander trennen ließen, da sich Hamas und Islamischer Dschihad erneut zum wahllosen Beschluss Israels entschieden haben, bleibt die Situation im Gazastreifen für die Menschen angespannt. Die Blockade bleibt kontraproduktiv für eine Zweistaatenlösung und die israelischen Sicherheitsinteressen. Es ist unabdingbar, dass sich alle Beteiligten durch Dialog- und Kompromissbereitschaft auf den Weg zur Unterbrechung der Hassspirale machen.

3. Das Völkerrecht beinhaltet ein Rückkehrrecht für Vertriebene. Unterstützen Sie das auch für palästinensische Flüchtlinge, entsprechend der Forderung der UN-Resolution 194?

THOMAS

RÖWEKAMP

WIEBKE

WINTER

Antwort: Im Vorfeld und im Zuge der Staatsgründung Israels ist es auf verschiedenen Seiten zu Unrecht gekommen. Ursache und Wirkung lassen sich heute kaum noch voneinander trennen. Wir persönlich können es zum Beispiel kaum ermessen, wie es sein muss seine Heimat, sein Zuhause zu verlieren. Ein palästinensisches Rückkehrrecht steht einer Zweistaatenlösung heutzutage diametral gegenüber. Zudem gibt es hierfür in der israelischen Bevölkerung keine Mehrheit.

4. Unterstützen Sie den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in seinem Bemühen, Kriegsverbrechen zu untersuchen, die von israelischer oder palästinensischer Seite begangen wurden?

Antwort: Für die CDU Deutschlands und für uns persönlich steht außer Frage, dass Kriegsverbrechen nicht hinnehmbar sind und sich in einem gewaltvollen Konflikt auch ein Übermaß an Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verbietet. Als demokratischer Rechtsstaat ist Israel in der Lage – und auch willens – mögliche Vorfälle zu untersuchen und zu ahnden. Zudem hat der aktuelle deutsche Außenminister Heiko Maas für die Bundesregierung erklärt, dass diese keine Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs in diesem Fall sieht. Dem schließen wir uns an.

5. Deutschlands Kriegswaffenkontrollgesetz verbietet Waffenlieferungen in Spannungsgebiete. Stimmen Sie angesichts der fortdauernden Gewalt im Nahen Osten einem Waffenembargo für die gesamte Region zu?

Antwort: Wir stehen zum Selbstverteidigungsrecht Israels. Dies schließt auch die Lieferung von Rüstungsgütern ein, insofern der zuständige Bundessicherheitsrat die Freigabe erteilt.

6. Schon 2010 haben 26 „Elder Statesmen“ (u.A. Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker u.a.) gefordert, Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen, wenn es seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. <https://www.20min.ch/story/ex-politiker-drohen-israel-592925503553>
Das Assoziierungsabkommen zwischen Israel und der EU sieht in Art. 2 die Möglichkeit, dieses Abkommen so lange auszusetzen, bis Israel seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt. Unterstützen Sie diese Forderung?

Antwort: Das EU-Israel-Assoziierungsabkommen ist eine gute Grundlage, um konstruktiv und lösungsorientiert mit der neuen israelischen Regierung über entscheidende Zukunftsthemen zu sprechen. Eine vorübergehende oder gar dauerhafte Aussetzung befürworten wir nicht.

7. Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 12.11.2019, dass Produkte aus den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten besonders zu kennzeichnen sind. <https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=EuGH&Datum=12.11.2019&Aktenzeichen=C-363/18> Setzen Sie sich für die Umsetzung dieser Entscheidung ein?
UND

8. Amnesty International fordert die Regierungen der Welt auf, Einfuhrverbote für Produkte aus israelischen Siedlungen zu erlassen und jeglichen Handel mit den Siedlungen zu verbieten. Stimmen Sie dem zu?

THOMAS

RÖWEKAMP

WIEBKE

WINTER

Antwort: Die Entscheidung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2015 und die darauf aufbauende Entscheidung des EuGH zur Kennzeichnung von Produkten aus Siedlergebieten, folgen formalem Recht. Sie erweisen sich jedoch faktisch und politisch nicht als Fortschritt beim Verbraucherschutz, sondern als Stigmatisierung. Vor dem Hintergrund zunehmender israelfeindlicher Bewegungen und Kampagnen, die Produkte aus den Siedlungsgebieten generell boykottieren wollen, ist diese Maßnahme falsch und wird instrumentalisiert. Wenn Einzelhandelsketten unter Kampagnendruck geraten, bestimmte Produkte nicht mehr zu führen, wären davon auch die in den Siedlungsgebieten beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen. Wir sind der Auffassung, dass Stigmatisierungen und Boykotte kein geeignetes Mittel sind, den Dialog zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern. Sie tragen somit auch nicht dazu bei, die Region zu befrieden und das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen. Generelle Einfuhr- und Handelsverbote lehnen wir folgerichtig ab.

9. Die Bundesregierung sowie der Deutsche Bundestag mahnen immer wieder die Menschenrechtsverletzungen und den Bruch des Völkerrechts z.B. Russlands und Chinas an und beschließen sogar Sanktionen gegen sie. Müsste die Bundesregierung gegenüber Israel, das seit mehr als 54 Jahren das Völkerrecht bricht und die Menschenrechte verletzt, nicht ähnliche Maßnahmen treffen?

Antwort: Einseitige Sanktionen oder Sanktionsandrohungen haben für uns keine konstruktive Wirkung auf den israelisch-palästinensischen Ausgleichs- und Verständigungsprozess. Sie dienen insbesondere nicht der Realisierung einer Zweistaatenlösung.

Mit freundlichen Grüßen,

Wiebke Winter

Thomas Röwekamp

Wiebke Winter
Direktkandidatin Wahlkreis 55

Thomas Röwekamp
Direktkandidat Wahlkreis 54